

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

72 (26.3.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252822](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252822)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung
der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 72.

Saut, Dienstag den 26. März 1895.

9. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom Freitag den 22. März.

Vor Beginn der Sitzung wird ein auf die Wäge der Abgeordneten verteiltes amtliches Flugblatt mit dem Bilde des Fürsten Bismarck, angedruckt auf Befehl des Präsidenten, durch die Diener des Hauses wieder eingesammelt.

Zurück gelangen die in der zweiten Sitzung an die Kommission zur Vertheilung der Stelle des Reichs-Post- und Telegraphenverwalters zur erneuten Beratung.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Müller-Dortmund, Rat.) beantragt, die auf das für die Beamten der Post eingesetzten Dienstalters-Rufensystem bezüglichen Titel unverändert nach dem Beschlusse der Kommission zu beschließen und folgende Resolutionen anzunehmen:

1) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Aufstellung des nächsten Reichshaushalts-Etats für diejenigen Klassen von Beamten des Reichs-Post- und Telegraphenverwalters, welche durch Einführung des Dienstalters-Rufensystems in ihrem Gehaltsverhältnisse sich verschlechtern, die Gehaltsklassen so zu erhöhen, daß eine solche Verschlechterung vermieden wird;

2) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtrag-Etat in einer Passivsumme diejenigen Mittel zu fordern, welche notwendig sind, um den durch das System der Dienstalterszulagen in besonders hohem Maße erschwerigten Beamten Urlaub zu gewähren;

3) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Aufstellung des nächsten Reichshaushalts-Etats auf eine Erhöhung des Gehalts der Landbriefträger die RM. 1000 Bedacht zu nehmen.

Abg. Dr. Sieber (S.) weist darauf hin, daß fast in allen Beamtenkategorien ein Teil der Beamten durch die Einführung des neuen Gehaltensystems geschädigt werden. Einer großen Zahl von Beamten werde dieselbe zu erhebliche Nachteile bringen. Für die Nachteile aber solle sich durch den nächsten Etat Abhilfe schaffen auf dem von den Resolutionen empfohlenen Wege.

Abg. Dr. Müller-Sagan (S.) spricht sich in gleichem Sinne ein.

Abg. v. Zeißiger (Konf.) befürwortet gleichzeitig die Annahme der Kommissionsänderung, vor allem der Resolution auf Vorlegung eines Nachtragsetats.

Abg. Dr. Hammacher (Rat.) behauptet, daß man die Schädigung von Beamten nicht schon bei der Aufstellung des Etats bemerken habe; vom Reichstage sei eine solche jedenfalls nicht beabsichtigt gewesen, als er das Altersruhesystem gefordert habe. Er wünsche eine bestimmte Erklärung des Reichs-Post- und Telegraphenverwalters, ob er den geforderten Nachtragetat einbringen werde.

Reichs-Post- und Telegraphenverwalter Dr. Graf Polakowski bezeichnet es im Prinzip als unbillig, die Beamten eines einzelnen Ressorts aus bestimmten Fonds zu entschädigen, nachdem von den übrigen Beamten eine Entschädigung nicht gewährt habe. Er bitte daher, von der Forderung der Vorlegung eines Nachtragsetats abzusehen, dagegen wolle er befreit sein, für den nächstjährigen Etat eine anderweitige Eintheilung der Gehaltsklassen vorzuschlagen.

Abg. Richter (S.) tritt für die Annahme aller Resolutionen ein, da in keinem anderen Ressort eine so große Zahl von Geschädigten vorhanden gewesen sei und sich deshalb eine ausnahmsweise Behandlung empfehle.

Abg. Singer (S.) hat nichts dagegen, daß die Entschädigung aus den Beamten anderer Ressorts aufzubringen werde, für die Postbeamten aber sei es absolut notwendig, namentlich an der Forderung des Nachtragsetats müsse unbedingt festgehalten werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan kann nicht anerkennen, daß der von der Kommission vorgeschlagene Weg ungangbar sei, und empfiehlt deren Entwürfe nochmals, daneben aber die neulich von ihm selbst beantragte Resolution, betr. anderweitige Regelung des Dienstalters der Beamten, Gleichstellung von Zivil- und Militärbeamten hin-

sichtlich der Zulassung zur Sekreärprüfung, Anrechnung eines Militärdienstjahres der Militärämter bei der Berechnung der Anciennität und Vermehrung der etatsmäßigen Stellen der Postassistenten und Postverwalter.

Abg. Dr. Sieber (S.) stimmt im Prinzip der Resolution des Abg. Müller zwar zu, hält sie aber nicht für genügend vorbereitet und bittet, es daher bei den von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen bewenden zu lassen.

Direktor im Reichs-Postamt Dr. Fischer behauptet, es liege keine Veranlassung vor, die Berechnung des Dienstalters der Assistenten zu ändern. Diese Beamten rücken viel früher in Distriktsstellen auf, als die Zivilämter in anderen Ressorts; es sei daher billig, daß ihnen die ganze Vorbereitungszeit angerechnet werde. Durch die Rechnung eines Militärdienstjahres bei der Berechnung der Anciennität der Militärämter würden dagegen die Zivilämter geschädigt werden. Eine vermehrte etatsmäßige Anstellung von Assistenten und Postverwaltern sei augenblicklich nicht möglich. Er könne daher die Annahme der Resolution Müller nicht empfehlen.

Abg. Dr. Fischer-Rudolfs (S.) erkennt die dem Abg. Müller ausgesprochenen Forderungen als durchaus berechtigt an und beantwortet ihre Annahme.

Abg. Dr. Müller-Sagan zieht darauf den Teil seiner Resolution zurück, welcher sich auf die etatsmäßige Anstellung von Postassistenten uim. bezieht.

Von der Resolution Müller wird die auf die Zulassung von Zivil- und Militärbeamten zur Sekreärprüfung bezügliche Komposition angenommen, der Rest abgelehnt. Die angenommene Resolution lautet wie folgt:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, hinsichtlich der Zulassung zur Sekreärprüfung die Gleichstellung der Post- und Telegraphenassistenten, sowie der Postverwalter aus der Klasse der Zivil- Assistenten mit den Assistenten und Postverwaltern aus der Klasse der Militärämter.“

Die von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen.

Dem Etat wird zunächst der Titel bewilligt, der das Gehalt für vorzutragende Räte uim. fordert, sodann der Titel „Sächsische episcopale Sekreäre uim.“

Dem Titel „Sachverständigen von Böhmen 1. Klasse“ bringt Abg. Müller-Sagan die immer wieder vorkommenden Fälle von Wahlvereinfügungen seitens der Amtsvorleser zur Sprache.

Direktor Dr. Fischer erklärt, gegen die Vertreibung von Wahlleitern an Untergebene durch Amtsvorleser könne die Reichs-Postverwaltung nichts haben, wenn sie außerhalb der Dienststunden geschähe.

Der Titel wird bewilligt.

Dem Titel „Postassistenten“ befragt Abg. Dr. Fischer-Rudolfs die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Assistenten, mit denen mancherlei Härten und Ungleichheiten verbunden seien.

Abg. Werner (R.) schildert ebenfalls die Verhältnisse von Postassistenten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande oder auch zur antimilitärischen Partei und erwähnt einige solcher Fälle.

Direktor Dr. Fischer bemerkt, daß kein einziger dieser Fälle der Zentralstelle bekannt geworden sei.

Abg. Werner teilt demgegenüber, daß die Reichs-Postverwaltung seit März abgesehen.

Direktor Fischer kann das nicht unüberprüft lassen. Es sei in vielen Fällen von Seiten der Zentralstelle Remedie geschaffen worden.

Der Titel wird bewilligt.

Dem Titel „Unterbeamte“ regt Abg. Dr. Schönlanke an, daß endlich einmal günstigere Summen für die hart angelegten Unterbeamten geschaffen und

ihnen ein für sie besonders notwendiger Erholungsurlaub gewährt werde. Wie es mit der Behandlung der Unterbeamten steht, dafür habe Direktor Fischer jüngst im Reichstag selbst den besten Fingerzeig gegeben, als er von „jungen Leuten“ sprach, „die noch nicht trocken hinter den Ohren wären und von irgend einem Feuergeheim eingefangen würden“. Erbitterte derartige Äußerungen die Meinung vor den Beamten?

Direktor Dr. Fischer erwidert, daß der Berechner die Dienstbestimmungen offenbar nicht kenne. Die Oberverwaltungen hätten die Befugnis, jedem Unterbeamten einen Erholungsurlaub bis zu 10 Tagen zu gewähren.

Abg. Dr. Schönlanke: Befugt mögen die Oberverwaltungen hierzu sein, aber waschen sie von dieser Befugnis auch den Unterbeamten gegenüber Gebrauch, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend schaffen müssen?

Direktor Dr. Fischer: Jedem Unterbeamten wird, wenn er es verlangt, Erholungsurlaub gewährt.

Abg. Dr. Schönlanke: Es wäre sehr angebracht, wenn ein Statist über den an Postbeamten wirklich erteilten Urlaub mitgeteilt würde. Auf dem Papier kann viel stehen; ob aber die Verfügungen an die Oberverwaltungen auch gehalten werden, das ist eine andere Sache.

Der Titel wird bewilligt.

Auf dem Extraordinarium war der Kommission die Forderung für ein neues Postgebäude in Magdeburg nochmals überwiegen worden (I. Rate: 233 200 Mk.).

Die Kommission beantragt abermals, die Forderung zu bewilligen.

Abg. Dr. Sieber (S.) weist darauf hin, daß die Zurückverweisung an die Kommission nach Vorlegung der Photographie eines alten historischen Hauses erfolgt sei, das erhalten werden müsse. Es habe sich aber herausgestellt, daß das Bild jenes Haus in einem früheren Stadium darstelle. Man habe den Reichstag also durch ein falsches Bild irre geführt. Nachdem jenes Haus bereits mehrmals umgebaut worden sei, liegt kein Grund vor, aus Rücksicht auf das alte Gebäude zu verzichten.

Staatssekretär Dr. v. Stephan bemerkt, daß er schon neulich darauf hingewiesen habe, daß das Haus verständiglich umgebaut und sehr kaufällig sei.

Abg. v. Zeißiger (S.) behauptet, daß es ihm nicht gelungen sei, das alte Haus zu retten, auf dessen Erhaltung in Magdeburg in sachverständigen Kreisen großer Werth gelegt werde. Das alte Haus kaufällig sei, müsse er demselben, man behaupte, es könne noch Jahrhunderte lang stehen.

Die Forderung wird darauf bewilligt. Der Postetat ist damit erledigt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Politische Rundschau.

Saut, den 25. März.

Der Reichstag hat am Sonnabend die Bismarck-Ehrung in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Präsident v. Lobeow hat darauf die Präsidienwürde niedergelegt und der zweite Reichspräsident Dr. Barklin, der am Sonnabend nicht in Berlin war, wird sich dem Vorgange des Herrn v. Lobeow anschließen. Die Reichsarbeit legte sich aus unsern Genossen, der freisinnigen und der sozialistischen Volkspartei, dem Zentrum, den Polen, Welfen und Klässern, sowie dem Abg. Dr. Barth von der frei-

Moderne Sklavenjäger.

Roman von O. Sieber.

Nachdruck verboten.

„Und Dein Gatte?“ fragte Walter. Frau Jenny lachte kurz auf. Dann drückte sie auf den Knopf der elektrischen Klingel.

„Was thust Du?“ „Das wirst Du sofort sehen.“ Die schlaue Kommerzienrathin.

„Ich lasse den Herrn Kommerzienrath auf einen Augenblick bitten.“ Das Kommerzienrath entfernte sich.

„Nun wirst Du gleich hören, was mein Gatte zu meinem Plan meint.“

Nach wenigen Augenblicken trat der Kommerzienrath in den Salon seiner Frau. Ein zufriedenes, schmunzelndes Lächeln lagerte auf seinem breitem Gesichte. Die Geschäfte gingen vortreflich. Alle Welt wunderte sich, wie der Kommerzienrath die politischen und finanziellen Chancen voranzuführen im Stande war. Alle Welt klagte über Verluste, über die schlechten Zeiten, über Flaunheit der Werke und der Industrie. Alle Welt behauptete den „neuen Kurs“, daß er zu wenig Rücksicht auf die industriellen Verhältnisse, auf die Werke und den Kapitalmarkt nähme. Alle Welt sah mit Mißtrauen auf den Nachfolger des gestrichelten Ranzlers, der festerlich erklärt hatte, daß er „das Gute nehmen werde, wo er es finde“. Alle Welt war unzufrieden, nur auf dem breiten Antlitz des Kommerzienraths Sigismund Genthler lag ein Glanz fester Zufriedenheit. Dieser Mann mußte Hülfswellen besitzen, die keinem Andern zugänglich waren.

„Du wünschst mich zu sprechen, mein Schatz?“ „Ab, sieh da, Herr Lieutenant!“ Gratulire zu der „Geltigen“!

Ein famoser Sommer! Wohlthun bin ich sehr erfreut, daß ich Sie treffe. Ich möchte bereits wegen einer wichtigen Angelegenheit an Sie schreiben. Ich habe nämlich eine große Bitte an Sie.

„Bist Du die Güte haben, mich vorher anzuhören?“ „Aber gewiß, lieber Schatz.“ Ich bitte um Entschuldigung. . . Du weißt, daß mit Deine Wünsche jederzeit Befehle gewesen sind. Also . . . um was handelt es sich? Einen neuen Schmuck? . . . ein neues Reitpferd?“

„Das die Scherze. — Es handelt sich um Lastowitz.“ „Ah, um unser Olfesab! Das wird großartig. . . pyramidale Entwicklung. . .“

„Am ersten Mai soll die Saison eröffnet werden. Zugleich soll die Anstalt für kränkliche Arbeiterkinder ins Leben treten. . .“

„Ja, ja, eine vortreffliche Idee, diese Anstalt!“ meinte Sigismund Genthler, indem er sich schmunzelnd die Hände rieb.

„Zu dieser Eröffnung der Anstalt sind aber noch manche Vorbereitungen zu treffen, die ich nicht gern fremden Leuten anvertrauen möchte. Deshalb habe ich die Absicht, bereits in wenigen Tagen nach Lastowitz zu reisen. . .“

„Ah, ganz vortreflich, mein Schatz! Das ist eine vorzügliche Idee! Ich sage Dir meinen besten Dank dafür.“ „Also Du hast nichts dagegen einzuwenden?“ „Aber wie sollst Du? Im Gegentheil!“

„Dann noch eins! Herr Lieutenant Röber wird mich begleiten, um mir bei diesen Vorbereitungen behilflich zu sein.“

Das gelbliche Gesicht des Kommerzienraths ward bei diesen Worten doch um eine Nuance fahler. Seine kleinen Augen verloren den freundlichen Schimmer und nahmen einen tödtlichen Glanz an, als sie rasch das leicht eröthende Gesicht Walters streiften.

„Ihre Frau Gemahlin“, warf dieser ein, „war so gütig, mich aufzufordern, ihr bei den Vorbereitungsarbeiten behilflich zu sein. Ich bin gern bereit dazu.“

Der Bankier lachte kurz auf. „Sie wissen“, fuhr Walter fort, „daß ich mich von den politischen Geschäften frei gemacht habe. . .“

„Ja, ja, Sie haben Ihr Verhältnis zu Doktor Grifhorn gelöst und wollen sich ganz der schönen Literatur widmen. Nun, bei den jetzigen politischen Zuständen kann ich es Ihnen nicht verdenken, obgleich ich es bedauern Ihre Feder nicht mehr in unserem Interesse thätig zu sehen.“

„Wenn ich Ihnen nützlich sein kann, Herr Kommerzienrath, so verfügen Sie über meine Feder.“

Der Kommerzienrath schweig. Er schien über etwas nachzudenken. Er ging mit raschen Schritten in dem Salon auf und ab. Frau Jenny beobachtete ihn mit spöttischem Lächeln.

„Ich denke“, sprach sie scharf, „Du wirst nichts dagegen einzuwenden haben, daß der Herr Lieutenant mich begleitet oder vielmehr in einigen Tagen nachkommt.“

„Ich . . . einzuwenden . . . o nein . . . indessen . . . ja, wenn ich's recht bedenke, so ist es sogar sehr gut, wenn Sie nach Lastowitz gehen, Herr Lieutenant. Es fehlt um dort eine geeignete Kraft als Wadomissionär, als Vergnügungsdirektor. . . wie wäre es, würden Sie diesen Sommer eine solche Stellung annehmen? Sie würden ein gutes Gehalt beziehen, freie Wohnung im Kurhaus. . .“

Walter athmete auf. Das war ein Ausweg, um der lädlen Nachfrage der Welt zu begegnen. Wenn er in Lastowitz in amtlicher Eigenschaft wohnte, konnte sein Verkehr mit Jenny nicht ausfallen. Die Form war wenigstens gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

finigen Vereinigung zusammen. Es war Sonnabend ein fogenaunter „großer Tag“. Schon äußerlich machte sich das bemerkbar. Vor dem neuen Reichstagsgebäude, das dem eigentlichen Besuche der Reichshauptstadt fern liegt, herrschte vor Beginn der Sitzung ein ungewöhnlich lebhaftes Treiben. Die Abgeordneten, die sich zur Sitzung begaben, wurden von Bekannten und Unbekannten um Eintrittskarten in den Sitzungssaal erlucht, ein Erfrischen, das um diese Zeit meistens schon erfolglos war, denn die doch verhältnismäßig geringe Zahl von Tribünenbesuchern war schon Tage vorher versprochen worden und die „Ausgewählten“ warteten schon in der Wandelhalle auf „ihren Volkvertreter“. Die Tribünen waren denn auch schon lange vor Beginn der Sitzung in einer Weise überfüllt, wie nie zuvor. In der Hof-, Diplomaten-, Präsidenten- und Bundesratsloge, wo für die „vornehmen Besucher“ nur wenige Plätze, Saft und waren noch, saß ein sammtlicher Fronten, einen leblich Aufsicht gewährenden Stehplatz ergattert zu haben. Offiziere und deutsche Studenten stellten, wie das ja bei einem mit dem Namen Bismarck verknüpften Anlaß nicht anders möglich ist, ein starkes Kontingent zu den Tribünenbesuchern. Das macht den Bismarck-Rummel erklärlich, der sich später auch auf den Tribünen entlocken sollte. Die getrigge Sonnabend-Sitzung des Reichstages war die bewegteste, die das neue Haus bisher erlebt hat und wird zu der denkwürdigsten gehören, die es je erleben dürfte. Es lag vorgerichtet keine ganz besonders getreute Stimmung über dem Hause. Noch niemals hatte sie einen so demokratischen Charakter angenommen. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Militärvorlage, der die Auflösung sofort nachfolgte, waren die Gemüther auch erregt, aber es handelte sich doch damals nur um die Ausstragung prinzipieller Gegensätze. Sonnabend war ein verhängnisvolles Moment hinzugekommen, das Gefühl des persönlichen Gegensatzes. Das Verlangen der Junker und ihrer nationalliberalen Helfer dem Namen der Blut- und Eisenpolitik, der die Sozialdemokraten „Banditen“, das Zentrum und die freiköniglichen „Reichsfeinde“ genannt hat, der speziell unsere Gemüther geizet und von Haus und Hof getrieben hat, eine Fuldigung darzubringen, mußte dieses Gefühl des persönlichen Gegensatzes von Neuem wachrufen. Es war schon bald halb zwei Uhr als Herr v. Levetzow die Sitzung eröffnete. Er hatte einige geschäftliche Mitteilungen zu machen, aber schon bei den ersten Worten merkte man ihm die Erregung an und diese Erregung steigerte sich noch, als er das Erfrischen stellte, den Fürsten Bismarck im Namen des Reichstages beglückwünschen zu dürfen. Der graubärtige Graf v. Hoppe, einer der wenigen noch übrig gebliebenen Aristokraten im Zentrum, der für die Partei immer bei wichtigen politischen Anlässen die programmatischen Erklärungen abgibt, meldete sich sofort zum Wort und verlas die abtönende Erklärung des Zentrums in ruhiger und leidenschaftlicher Weise. Er ließ die Unterbrechungen seitens der Redaubrüder auf der Rechten ruhig über sich ergehen, wie sich denn überhaupt die oppositionelle Mehrheit durch ruhige und würdige Haltung gegenüber den lärmenden Rorkybanen auf der rechten Seite auszeichnete und wieder einmal zeigte, wo der „gute Ton“ zu finden ist und wo nicht. Herr v. Bennigsen, dessen Rede sich auch auf einigemmaßen anständigen Niveau hielt, wurde ganz ruhig angehört. Der Kärm erneuerte sich erst wieder, als Eugen Richter die freikönigliche Erklärung verlas, obwohl diese dem alten Feinde noch viel zu viel Ehre erwies. In der freiköniglichen Erklärung wie in der des Zentrums ist nämlich auf die „Erfolge der auswärtigen Politik“ des Fürsten hingewiesen, beide Erklärungen geben aber den Gebanten Ausdruck, daß sich die äußere von der inneren Politik nicht scheiden läßt, daß Bismarck ein untrennbares Ganzes bilde. Herr v. Winterhagen hielt sich an diesen Gebanten, mit echt junckerhaftem Unbehagen folgert er aber aus dem „untrennbaren Ganzen“ die Größe des Mannes, während er doch bei einigen naturwissenschaftlichen Kenntnissen wissen mußte, daß nur die kleinsten Körper, die Atome, „untrennbare Ganze“ darstellen. Nachdem Fürst Radziwill im Namen der Polen gegen den Vorschlag des Präsidenten protestiert hatte, kamen die Sozialdemokraten in der Person des Genossen Singer zum Wort. Schon bei Anruf seines Namens begann das bekannte, an den Oshenfall erinnernde „Gemurre“ auf der Rechten, die gleichen unartikulierten Laute tönten in die Worte unseres Redners noch mehrfach hinein. Mit der Ruhe des überlegeneren Gegners verlas Genosse Singer die von der Fraktion beschlossene Erklärung, die sich ebenso durch Kürze wie durch Schärfe und Deutlichkeit auszeichnet. Der Hinweis auf die stärkste politische Partei war besonders glücklich gewählt und verschönste am meisten. Der Protest des Westlen Frhr. v. Hohenberg und hochtönende Phrasen, die Liebermann v. Sonnenberg dem Vater der Antiklimbewegung als Dankescholl darbrachte, bildeten das Ende der Aussprache, indem vorher noch Herr Richter, die mutpoßige Mannesseele, zu Kreuze gekrochen war. Die Abstimmung erfolgte unter atemloser Spannung, war doch der Ausgang nicht ganz gewiß, da bei den Oppositionsparteien zahlreiche Mitglieder fehlten. Sie ging im Ganzen aber sehr ruhig vor sich. Da Bescheidenheit ja nie zu den besonderen Charaktereigenschaften Derer v. Bismarck gehört hat, erregte es auch nicht zu große Verwunderung, als der Sohn seines Vaters, Graf Herbert Bismarck, es für taufroß hielt, sich an der Stimmengabe zu beteiligen. Bismarck-Dahn konnte mit seiner Antwort „Zweimal Ja“ auch nur einen mäßigen Hinterlassenfolgs erzielen. Der Berliner hat für solche Leute das etwas schabodderige aber treffende Wort „Bäpfe“ erfunden. Die Schriftführer überreichten dem Präsidenten die Abstimmungslisten mit dem Resultat. Nicht und ätzend vor Erregung verlas er die Listen und nahm darauf seine

Demission. Ein frenetisches Bravogetöse folgte den Worten auf der Rechten und setzte sich auf den Tribünen fort, es wiederholte sich dann noch einmal, als Herr von Bennigsen den Austritt des Vizepräsidenten Dr. Büchlin in Aussicht stellte. Die Ruhe trat aber bald wieder ein, als Frhr. v. Buol das Präsidium übernahm und sofort zur Erledigung der Tagesordnung schritt. Der Sitzungssaal hatte sich freilich sehr geleert, auch die Reihzahl der Tribünenbesucher hatte sich entfernt, und zum Neben hatte vorerst Niemand zuß. So hielt der Referent Dr. Hamacher beim Etat der Verwaltung der Eisenbahnen eigentlich nur Monologe. Erst beim Etat der Pöste und Verbrauchssteuern kam es wieder zu einer regelrechten Debatte. Unsere Partei hatte den Antrag gestellt, der die Verwendung von Surrogaten bei der Bereitung von Bier verbieten will. Genosse Wurm bearbeitete die Forderung, die in Bayern bereits Gesetz ist und der Antrag wurde schließlich angenommen. Von den Ministern waren beim Beginn der Sitzung die Herren v. Bütticher, Thielen, Graf Polachowsky und v. Köller zugegen. Bemerkenswert die Abwesenheit des Reichskanzlers und seines Sohnes, des Abgeordneten Prinz zu Hohenlohe. Im Sitzungssaal hielten die Führer der oppositionellen Mehrheit, Singer, Richter, Lieber und Bayer noch eifrige Zweisprache über die so plötzlich veränderte Lage. Mittwöch wird die Präsidentschaftswahl erfolgen, das Zentrum wird den ersten Präsidenten stellen. Hierauf wurde Herr Spahn genannt, doch ist seine Kandidatur zweifelhaft, da ihm die Partei schwer in den Kommissionen entbehren kann. Vielleicht wird deshalb Prinz Arenberg, ein sehr beliebtes Zentrumsmittglied, der Nachfolger des Herrn v. Levetzow. Vielleicht wird alle die Fragen mäßig und wir sehen vor einer baldigen Auflösung. Die Möglichkeit ist nach der vom Berliner Schloße nach Friedrichsruh gestandten Entlassungsbedingung in greifbare Nähe gerückt.

Der Kaiser hat sofort nach dem Reichstagsbeschlusse an den Fürsten Bismarck nachfolgendes Telegramm abgefaßt:

An den Fürsten von Bismarck Herzog von Ravensburg.
Friedrichsruh.

Eure Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Enttäuschung über den eben erfolgten Beschluß des Reichstages aus. Derselbe steht im wahren Gegensatz zu den Gesühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völler.

Mit Recht bemerkt der „Vorwärts“ dazu: Daß der heutige Reichstagsbeschluß den Gesühlen der Fürsten widerspricht, mag sein. Fürsten haben schon häufiger anders empfunden, wie das Volk. Die Behauptung aber, daß die heutigen Vorgänge im Reichstag auch im Gegensatz zu den Gesühlen des „deutschen Volkes“ ständen (von dem ja in der obigen Bedingung unter dem Ausdruck „ihrer Völler“ die Rede zu sein scheint), halten wir entschieden für einen Irrthum des Kaisers. Das deutsche Volk, abgesehen von den oberen Zehntausend, schuldete dem Fürsten Bismarck seinen Dank; denn dieser Mann hat das Volk Jahrzehnte lang getreten, politisch geknebelt, der wirtschaftlichen Ausbeutung preisgegeben und immer verachtet. — Eine Treue um die andere! — Und diesen Gesühlen der Mehrheit des „deutschen Volkes“ hat die Mehrheit des Reichstages am Sonnabend Ausdruck gegeben.

Auf das Telegramm des Kaisers ist von Bismarck folgende Antwort eingelaufen:

Friedrichsruh, 23. März, 7 Uhr 15 Min. Nachm.
Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, Berlin

Eure Majestät bitte ich den ehrsüchtigen Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Würdigung der Angelegenheiten, durch welche Eure Majestät mir nie noch unbekannt innererem nicht meine alten politischen Gegner zum Anlaß einer ehrenreichen Ernennung für mich umwandeln.

Dem Zentrum redet die „Nord. Allgem. Ztg.“, von der man immer noch nicht weiß, ob sie wieder als offizielle Ablagerungsstätte dient oder nur sich den Ansehen giebt, daß es so sei, in's Gemisshin, doch der Regierung den Gesellen zu thun, in zweiter Lesung der Umsturzvorlage, das, was die Regierung für unerschließlich hält, zu apparieren. Es dürfte als wahrscheinlich gelten, daß die verbündeten Regierungen die Vorschläge der Umsturzkommission des Reichstages hinsichtlich der neuen Fassung des § 112 und des § 129 a bzw. § 46 b akzeptieren, vielleicht auch mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen des § 131 (Berbeituna erdichteter oder entstellter Thatfachen) und des Artikels III der Vorlage sich zufrieden geben, dagegen in die vollständige Streichung des zweiten Absatzes des § 130 (Verschöpfung der Religion, Monarchie, Ehe, Familie, Eigentum), der in den Augen der Regierung ein Kardinalpunkt der Vorlage bleibt, sowie in bestimmte Umänderungen des § 111 a nicht einwilligen werden. Die Vorschläge zum § 184 b (Verbot von Theateraufführungen wegen Verletzung der Sittlichkeit) in der Spahn'schen Formulierung werden sicherlich nicht auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen haben, weil sie zum Nachteil der Führung einer wirklichen Oheraufsicht die gegenwärtigen, vollkommen ausreichenden Bestimmungen der Polizeibehörde durch eine richterliche Entscheidung erlegen, deren Ergebnis problematisch ist und die jedenfalls dem Effekt nach mit der Energie eines unmittelbaren Eingreifens nicht konkurrieren kann. Das ehemalige Kammerblatt meint: „Die Situation ist ganz klar: entweder Vertrauen um Vertrauen, oder Mißtrauen um Mißtrauen; die Wahl liegt beim Zentrum.“

Zeigt es das nötige Vertrauen, so wird dem Zentrum auch die Zustimmung zur Aufhebung des Kammerparagrafen (130 a) zugesagt. Das Zentrum hat sich nun zu entscheiden. Leicht wird ihm der Entschluß nicht werden, denn es wählt zum guten Theil zwischen der Regierung und — seinen Wählern.

Mit allerlei neuen Plänen tragen sich die Freunde der Tabaksteuer, um die bei den Kommissionsverhandlungen über § 4 der Vorlage erlittene Niederlage wieder weit zu machen. Die Spekulation geht darau,

aus der Mehrheit gegen den § 4 so viel Stimmen herüberzuholen, um in irgend einer Richtung eine erhöhte Tabaksteuer durchzusetzen. Besonders eifrig sind hierbei die Nationalliberalen Bausch, Canecerus, Clemm-Ludwigshafen und der Abg. Schäfer aus der Zentrumspartei an Werke. Abg. Bausch, der bekannte Vetter der Nationalliberalen für Liebesgaben, ist dem Vernehmen nach der Urheber eines Planes an Einführung von Wertpösten für den Rohstoff, der in der „N.-L. Kor.“ scharf zurückgewiesen und dort schließlich dem Abg. Müller-Falza zugeschoben wird. Dem Abg. Clemm-Ludwigshafen kommt es wesentlich auf die Erhöhung des Schutzpösts für Rohstoffe an, während Abg. Canecerus verjuchsen will, zu § 5, entsprechend seinen Ausführungen im Plenum, eine Fabriksteuer zu beantragen, welche die verschiedenen Wertpösten der Tabake mit einem verschiedenen Steuerprozentatz belegt. Abg. Schäfer verhandelt nach beiden Seiten, einerseits mit dem Abg. Canecerus für dessen Plan, andererseits mit dem Abg. Clemm-Ludwigshafen.

Der Staatsrath ist vom Kaiser mit folgender Rede geschlossen worden: „Meine Herren! Nach achtstägiger, angestrengter Berathung sind Sie nunmehr an den Schluß Ihrer Verhandlungen gelangt. Wenn auch das Ergebnis derselben hochgepönte Erwartungen vielleicht nicht überall befriedigen mag, so ist es doch für die Aufgabe meiner Regierung, alle wirksamen Mittel anzuwenden, um der Nothlage der Landwirtschaft Hilfe zu bringen, von hoher Bedeutung, daß auf diesem Gebiet durch Ihre Verhandlungen die Grenzen des Erreichbaren klar erkennbar geworden sind. Die erspöndliche Erörterung der allseitig anerkannten Nothlage der Landwirtschaft, ihre Ursachen, ihr Umfang und ihre Folgen, so wie die sorgfältige Prüfung aller Mittel, die bisher in der Öffentlichkeit über im Laufe Ihrer Beratungen für die Abhilfe in Frage gekommen sind, bilden eine werthvolle Unterlage für die weiteren Entscheidungen meiner Regierung. Die Sachlage und die praktische Erfahrung, die in Ihrer Mitte vertreten und bei Ihren Beratungen zum Ausdruck gekommen sind, geben mir die besondere Gewähr, daß die Vorschläge, die das Ergebnis Ihrer Verhandlungen sind, sich auch bei den weiteren Ermüdungen seitens meiner Regierung wieder entsprechend und durchführbar erweisen werden. Solche Mittel aber, deren Anwendung auch von Ihnen als ungeeignet für die Erreichung des Zieles, als praktisch nicht ausführbar oder als gefährlich für die Erhaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung erkannt und widerathen wird, wird meine Regierung um so unbedenklicher aus dem Kreise ihrer Ermüdungen auscheiden können. Es ist meine Absicht, die weiteren Entscheidungen unermüdet herbeizuführen. Zum Schluß erlaube ich Sie, meine Herren, an Ihrem Theil dafür zu sorgen und in den Ihnen zugewandten Kreisen des Landes die Auffassung zu verbreiten, daß, wenn künftig ähnliche Fragen, wie gegenwärtig die Nothlage der Landwirtschaft und die Mittel zu ihrer Abhilfe, auch auf anderen Gebieten die Gemüther erregen, zunächst meine Regierung angegangen werde, um das zur schleunigen Abhilfe Geeignete zu veranlassen. Es ist meine Absicht, in solchen Fällen unerschrocken selbst in die Ermüdung der erforderlichen Maßnahmen einzutreten und nöthigenfalls den Staatsrath zur Berathung derselben zu berufen. Ich schließe nunmehr die Verhandlungen und sage Ihnen allen, meine Herren, meinen künftigen Dank.“

Die Gesetzeskenntnis der Gesetzgeber ist vielfach nicht weit her, und wenn untergeordnete Politikorgane Proben ihrer Bescheidenheit ablegen, so ist man geneigt, die Sache humoristisch aufzufassen, hintermalen die in der Kaiserne verzapfte „Wibung“, welche der ehemalige Unteroffizier in das Jovilleben mitnimmt, langsam bekannt ist. Aber was soll man dazu sagen, wenn ein Regierungsoffizier, ein Doktor, nicht einmal die wesentlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes kennt? Als in einer Versammlung zu Höhr (Rassau) Genosse Hoch aus Frankfurt im Laufe seiner Ausführungen auch auf eine Verurteilung der Bismarck'schen Politik kam, forderte der Landratsamtsverweiser von Montabaur, Herr Regierungsoffizier Dr. Schmidt, den Vorlesenden auf, Sorge zu tragen, daß der Redner den Fürsten Bismarck nicht mehr belächle, sonst werde er die Versammlung auflösen. Der Redner wies nun auf die Ungelehrtheit einer solchen Maßregel hin, und als ihm hierfür die Versammlung lebhaftesten Beifall spendete, löste der Herr Assessor sie „im Interesse der öffentlichen Ordnung auf und befaß gleichsetzt, den Saal und die davon getrennt liegenden Wirtschaftsräume zu räumen.“ — Daß der Landratsamtsverweiser das so wichtige Vereinsrecht nicht kennt, thut natürlich seiner Qualifikation zum Beamten keinen Abbruch.

Deutsches Ungarn.

Wien, 24. März. Die österreichische Pressefreiheit hat die Administration der „Wiener Arb.-Ztg.“ wieder einmal zu verführen, bekommen. Es wurde nämlich die Wochenausgabe der „Wiener Arb.-Ztg.“ vom 21. d. Mis. konfisziert und mußten nicht weniger wie neun Artikel an zwölf Stellen des Blattes ausgehoben werden. Der Inhalt von fünf dieser Aufsätze war eine objektive Darstellung der Katastrophe von Karwin und eine maßvolle Kritik des Verhaltens des Parlaments und insbesondere des Grafen Falkenhayn zu den Verarbeiteten Schutzmaßregeln. Zwei Aufsätze erörterten die Behandlung politischer Gefangener in böhmischen Gefängnissen. Zwei andere konstatirten das unbefriedigende Vertrauen des Königs Humbert zu Ciespi. Die Nummer, die nun ohne die konfiszierten Artikel erschien, macht einen sehr schmerzlichen Eindruck, indem eine ganze Reihe von Spalten große weiße Löcher zeigen, in die das Wort „Konfisziert!“ hineingehaut ist. Zwischen den einzelnen weißen Stellen ist in sehr unangenehmer Weise wiederholt der Artikel XIII des österreichischen Staatsgrundgesetzes eingedruckt, welcher lautet:

Schermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. — Die Presse darf weder unter Zensur gestellt, noch durch das Kongresssystem beschränkt werden. Administrative Vorschriften finden auf landläufige Druckschriften keine Anwendung.

Ob die österreichischen Behörden die beisehende Ironie, — nein, den Zeitgeschrieb fühlen werden?

Spanien.

Madrid, 24. März. Die Liberalen, die mit dem Ministerium Sagasta bisher am Ruder waren, sind im Kampf gegen den herrschenden General unterlegen. Das Kabinett, das die Zügel der Regierung in die Hand nehmen wird, ist ein konservatives mit dem bekannten hochkonservativen Staatsmann Canovas del Castillo als Präsident.

England.

London, 24. März. Im Unterhaus wurde die Resolution auf Genehmigung von Voten an die Abgeordneten mit 176 gegen 158 Stimmen angenommen. Der englische Schatzkanzler Harcourt meinte in der Debatte: Vor 20 Jahren sei er zwar gegen die Genehmigung von Voten gewesen, jetzt sei er aber dafür. Keine Frage habe sich so schnell entwickelt, wie die vorliegende, und das wäre eine Folge der Ausdehnung des Wahlrechts. Das Unterhaus beruhe zu sehr auf einer Klasse. Er sehe nicht ein, wie das Haus die Achtung und das Vertrauen des Landes verlieren könnte, wenn es sich aus mehr Vertretern verschiedener Klassen zusammensetzen würde. Die in der Resolution enthaltenen Vorbehalte wären klar und angebracht. Die Frage wäre eine solche der Zeit und des Geldes. Was das Geld betreffe, so werde er bald eingehendere Erklärungen abgeben können, als er jetzt in der Lage sei.

Mexiko.

Newyork, 23. März. In Peru tritt wieder einmal der Bürgerkrieg und ist der bisherige Präsident Carreras noch harten Strafkämpfen in Lima die für die Unabhängigkeit strengen auszuweisen, mit seiner Familie auf ein englisches Kriegsschiff geflüchtet. Die provisorische Regierung fordert die In- und Ausländer auf zur Aufrechterhaltung der Verfassung mitzuwirken. Wer sie nun eigentlich am meisten verletzt hat, ob der Expräsident Carreras oder die Rebellen, ist schwer zu sagen.

Oldenburgischer Landtag.

2. Sitzung vom Freitag den 22. März.

Der Präsident giebt nach Eröffnung der Sitzung Kenntnis von den eingelaufenen Petitionen und Petitionen.

In die Tagesordnung eingetretten wird zunächst über die Regierungsvorlage betreffend den Zuschuß zu der Baugewerk- und Maschinenbau-Schule im Herzogthum Oldenburg beraten. Es liegen zwei Entwürfe seitens des Ausschusses vor und zwar ein Mehrheits- und ein Minderheitsentwurf. Den Minderheitsentwurf begründet

Abg. Schröder: Der Landtag habe, so führt Redner aus, in der vorigen Sitzung für die Schule einen namhaften Zuschuß bewilligt, unter der Voraussetzung, daß die Stadt Oldenburg ihren jährlichen Zuschuß von 2800 Mk. leiste. Weil diese aber den Zuschuß abschnitte, beschloß die Staatsregierung die Schule nach einer Seite zu verlegen, welche diesen Zuschuß zu zahlen hat bereit erklärt. Die Minderheit ist mit diesem Plane nicht einverstanden, sondern will vorläufig die Schule in Oldenburg lassen und die Eignungsfähigkeit der Schule sichern, was zur Leistungsfähigkeit der Schule notwendig ist.

Abg. Willens spricht Namens der Mehrheit des Ausschusses für Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. Jaspers behauptet im Interesse Oldenburgs, daß der Stadtrat die Subvention abgelehnt hat. Er werde niemals mehr für eine Verlagerung stimmen, der Zuschuß von der Berechtigung einer Gemeinderatsentscheidung abhängig ist. Redner tritt dann noch für den Antrag der Minderheit ein.

Für den Mehrheitsentwurf sprechen noch der Abg. Jürgens und der Regierungskommissar Dugend.

Darauf wird der Antrag der Mehrheit angenommen und sind damit die Mittel für Errichtung der Anstalt an einem anderen Orte des Herzogthums bewilligt.

Ohne Debatte bewilligt der Landtag die Erhöhung der Kasse von 100.000 auf 150.000 Mk. für das vorbereitende Ausrüstung zur Erbauung eines Palais für den Herzogshof unter Annahme des Beschlusses seitens der Regierung, auf den Bau eines Palais für den Herzog Georg. Das Palais soll auf dem Hügel im reservierten Teil des Schlossgartens zu stehen kommen.

Ohne Debatte bewilligt ferner der Landtag die Summe von 36.000 Mk. für Erwerbung eines Grundstückes, um das Leberseminar in Oldenburg zu erweitern.

Der Regierungsentwurf, ein weiteres technisches Mitglied für das Oberaufseheramt anzustellen, für welches ein Gehalt von 4200—6100 Mk. verlangt wird, wird auf Empfehlung des Ausschusses angenommen. Der Berichtsführer Abg. Jaspers bittet jedoch, möglichst eine einheitliche Result anzustellen.

Ohne weitere Debatte werden der Antrag des Lagerdirektors zu Veranden von der Firma Oldemeyer in Bremen, sowie der Wasserbauentwurf in Bremerhaven genehmigt.

Es folgen nun Eisenbahnfragen und hat die Regierung Verbesserungen bestehender Anlagen, wie auch die Ausführung einiger neuer Einrichtungen verlangt. Der Ausschuss beantragt, der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Die Abg. Wasse und Jken bringen die unzulässigen Zustände auf dem Rangierbahnhof in Jever zur Sprache, wo die durchführende Straße all halb Stunden lang gesperrt ist. Eisenbahnministerpräsident v. Mühlenfels glaubt eine Vorlage für den nächsten ordentlichen Landtag zulassen zu können, in welcher Mithilfe die für Jever gerichteten Verbesserungen vorgesehen

werden würde. Entweder solle eine Ueberführung oder eine Verlegung des Rangierfeldes vorgenommen werden. Derartige Zustände wie in Jever beständen aber auch in anderen Bahnhöfen und sei eine Ueberführung der großen Kosten höher wohl kaum möglich.

Abg. Jken ist von dieser Zukunft nicht befehligt und fordert eine Verlegung des Rangierfeldes.

Abg. Mühlenmann wünscht gleichfalls dringend Mithilfe. Abg. Groß interpelliert wegen des Bahnhofsbaues in Brake und erhält die Antwort, daß die enorme Kostenfrage von 1 1/2 Millionen Mark die Regierung zu sorgfältigen Überlegungen veranlaßt habe und diese Überlegungen noch nicht abgeschlossen seien.

Es wird darauf die Regierungsvorlage genehmigt.

Im Anschluß an diese Eisenbahnvorlage wird die Eingabe des Nationalvereins zur Förderung des Baues einer schmaltspurigen Staatsbahn vom Friesland nach dem Süden beraten.

Der Eisenbahnminister beantragt, der Landtag wolle die Eingabe der Regierung als Material für spätere Beratungen überweisen.

Abg. Roter stellt den Zusatzantrag, daß diese Ueberweisung in der Erwartung geschehe, daß alsdann das fragliche Projekt, wenn möglich, in erster Linie durchgeführt werde.

Abg. Quatmann hätte ein größeres Entgegenkommen seitens des Ausschusses und der Regierung gewünscht.

Eisenbahnministerpräsident v. Mühlenfels weist die in der Eingabe der Eisenbahnministerin gemachten Vorwürfe zurück und giebt die Erklärung ab, daß er ein Freund der Kleinbahnen sei.

Der Ausschussantrag wird darauf mit dem Zusatzantrag Roter angenommen.

Zur Beratung liegen noch Petitionen. Der Ausschuss beantragt, über die Petition des früheren Stationsarbeiters Jangmann um Wiederbeschäftigung im Eisenbahndienst, des Fischhändlers Wagner um Entschädigung, die Petition des Hundes deutscher Hauswirthschaft um Abstellung weiblicher Fabrikarbeiterinnen zur Zwangsarbeit überzugehen, welchem Antrag der Landtag auch entspricht.

Abg. Meber als Reichstagsdeputierter bemerkt, daß er beim der Ausschuss behauere in der Magener Sache keine Entschädigung treffen zu können, denn der Ausschuss habe das Gefühl, daß dem Wagner (der das Armenrecht haben will, um gegen die Regierung Klagen zu können) Unrecht geschehen sein könne.

Als antisemitisch angelegelter Agitator bemerkt er weiter für seine Person, daß durch den Fortschritt des römischen Rechts das römische Recht oft unterdrückt werde.

Die Petition von Interessen des Ostmärkerlandes, die um Entschädigung wegen der Abschaffung der Hundesteuer der Kaiserreichslandbesitzer in Folge der Meiereireform bitten, wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiehen.

Zum Schluß wird der Antrag des Abg. Jaspers, nach welchem die Vorlagen, die vor den Landtag kommen, vor der Zugung derselben nicht mehr als geheim behandelt werden sollen, angenommen. Der Regierungsdirektor erklärt sich damit einverstanden.

Aus Stadt und Land.

Vant, 25. März. In der am Sonnabend Abend in der „Arche“ stattgefundenen öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung referirte Herr Zimmis aus Hannover in ausführlicher Weise über die heiden Themas: „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter und die Gewerkschaftsbewegung“ und „Unfallversicherungsgesetz und die Unfallversicherung, sowie gesetzliche Sicherstellung des Arbeitslohnes für Bauhandwerker“. Die beiden Vorträge wurden beifällig entgegengenommen. Nachdem noch ein Delegirter zum Maurerkongress in der Person des Herrn Duschard gewählt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vant, 25. März. Eine öffentliche Schneiderversammlung war zu gestern Abend noch der „Arche“ einberufen. In derselben wurden die von den Schneidern gebilligten an ihre Arbeitgeber erhellenen Forderungen (21 Mk. Wochenlohn oder bei den Affordarbeitern dementsprechende Erhöhung des Stücklohnes) karzelekt und nach längerer Debatte beschlossen, da von ca. 22 Arbeitgebern bis jetzt nur zwei oder drei dieselben bewilligt haben, in den Geschäften, welche ihre Unterfertigung nicht gegeben, heute, Montag, die Kündigung einzureichen. Zugleich wurde die Lohnkommission beauftragt, in den nächsten Tagen nochmals eine Sitzung anzuveranlassen, in welcher mit den Arbeitgebern verhandelt werden soll.

Vant, 25. März. Nachdem wir gestern den ganzen Tag über regnerisches und windiges Wetter gehabt, entwickelte sich aus dem mächtigen Sturm gegen Abend ein Orkan, der an Heftigkeit dem Dezembersturm, der noch mit seinen Verheerungen in aller Gedächtnis ist, nichts nachstand. Ein Glück war, daß er in dieser Festigkeit nicht lange anhielt. Doch hat er auch in dieser kurzen Zeit Verheerungen genug angerichtet. Viele Dächer flogen von den Dächern und sind auch Schornsteine ihm zum Opfer gefallen. Auch an mehreren Neubauten hat der Sturm seine Kraft erprobt und Schäden angerichtet, so an einem Neubau in der Neuen Wilhelmshavener Straße und an einem solchen in dem Vanten Teil der Ortschaft Kopperhorn. Das Wasser erreichte bei der Fluth die Mitte des Deiches. Von See darf man wohl wieder recht betrübender Nachrichten über die Wirkung des Sturmes gemärtigt sein.

Vant, 25. März. Wie wir hören, findet am Mittwoch den 3. April Nachmittags die Anmeldung der ABC-Schützen für die Schule Vant A statt.

Vant, 25. März. Der Verlauf der Choleraerkrankung in Vant und Heppens findet zwar an den bereits bekannt gemachten Tagen, den 27. bzw. den 29. März, statt,

jedoch nicht Nachmittags 4 Uhr, sondern Vormittags 10 Uhr.

Wilhelmshaven, 24. März. Gestern Morgen wurde aus dem Westbassin der Oberwachmeistermaat Raumborst, vom Raso „Jagd“, gezogen. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Ob Selbstmord oder ein Unfällefall vorliegt, ist unbekannt.

Wilhelmshaven, 25. März. Der Sturm, der gestern hier gewüthet, hat allerlei Unheil und Schaden angerichtet. Vom Rathhaus hat er einen der schönsten Ramine umgestürzt und gegen den Frontgiebel, der vor einigen Jahren schon einmal durch einen Sturm demolirt worden war, gemorwen, so daß auch dieser arg beschädigt worden ist. Mit lautem Krachen fiel ein Theil des langen Schornsteins auf den neuen Anbau zum Rathskeller, in welchem sich die Klosettanlage befindet und schlug das Dach durch. Soweit wir noch erfahren, hat der Sturm an einem Neubau auf der Heide'schen Anhöhe gleichfalls Schaden angerichtet. Ferner ist ein holländischer Schoner, der nach Bremerhaven ausfahren wollte und ohne Ballast war, beim Schweinrücken gestrandet. Er hat Raaen und Mast verloren und bietet das Bild eines Brades.

Wilhelmshaven, 24. März. Vor einigen Tagen hat in Kopperhorn sich wieder ein Fahrradmarder bemerkbar gemacht. Einem Herrn aus Sengwarden wurde ein fast neues Fahrrad mit Pneumatikreifen, das er vor der Thür eines Restaurants hatte stehen lassen und dort eben eingetreten war, entwendet.

Wilhelmshaven, 25. März. In „Burg Hohenjollen“ haben gestern die Oster-Vorstellungen der Künstler-Gesellschaft Strauß begonnen. Wie wir hören, sind es nur Künstler 1. Ranges, die in der Gymnastik, Equilibristik u. i. w. auftreten. Wir werden über die Leistungen der Künstler und Künstlerinnen morgen oder übermorgen berichten. Die gestrige Eröffnungs-Vorstellung war sehr gut besucht.

Heppens, 25. März. Der gestrige Sturm hat in unserer Gemeinde allerlei Schaden angerichtet. Unter Anderm hat er am Kirchthurm einen der 4 Meter langen Eckthürme heruntergerissen und mit einer solchen Stärke auf den neuen Dachstuhl gemorwen, daß mehrere Sparren zerbrochen sind. Die Spitze eines zweiten Eckthurmes, der seinen Stand nach der Straße zu hatte, ist auf den Pfeiler und das eine Feld des Straßengitters gefallen und hat es zerstört. Des Weiteren ist das große vordere Bogenfenster eingedrückt worden. Schon einmal im März hatte der Sturm es auf den Thurm abgesehen und seine Macht ihn fühlen lassen. Es war gestern Abend lebensgefährlich, die Straße, welche die Hauptumgebung zu unserer Gemeinde ist, zu passieren.

Oldenburg, 24. März. Der Landtag hat in einer fünfundsiebzigsten Sitzung sein Arbeitspensum erledigt und wurde vom Minister Humann gestern Nachmittags 2 Uhr geschlossen. Ein ausführlicher Bericht über diese Sitzung folgt.

Bremehaven, 24. März. Vor dem hiesigen Seemannsfindet 3 die Verhandlung über den Untergang der „Elbe“ statt. Es sind bereits zwei Sitzungen abgehalten worden. Auf Antrag des Reichskommissars wurde die Verhandlung bis auf Weiteres vertagt, um Auslagen über die Vorgänge auf der „Gröthie“ vor der Kommission und ein schriftliches Gutachten über die Bauart der „Elbe“ zu erhalten.

Bermischtes.

Ueber das Schicksal der Bemannung des spanischen Kriegsschiffes „Reina Regente“ wissen die bisher eingelaufenen Meldungen nichts zu sagen. Vordruck darf noch an der Hoffnung festgehalten werden, daß wenigstens ein Theil der 20 Offiziere und 415 Matrosen und Soldaten, welche die Bemannung bildeten, sich in Booten gerettet hat und irgendwo an der arimatischen oder spanischen Küste gelandet ist. Das Schiff hatte dreizehn Rettungsboote, darunter drei mit Dampfmaschine an Bord. Berwachtet lagen die Dinge freilich, wenn die Vermuthung sich bestätigte, daß das Schiff in Folge unrichtiger Vertheilung der Belastung einfach gekentert sei; es wird nämlich behauptet, die Kohlenladung im Kielraum der „Reina Regente“ sei im Verhältniß zu dem Gewicht der auf und unter Deck aufgestellten Geschütze zu leicht gewesen. Das verunglückte Schiff führte vier Zwanzig-Funtemeter, sechs Zwölf-Funtemetergeschütze, sechs Schnellfeuerkanonen, sechs Wirtalkusen und fünf Torpedoschleudern an Bord.

Literarisches.

— W. Siegert, Die Naturbeilichte in ihren Anwendungsförmern und Wirkungen. 5 Bände vermehrte Auflage (31—42 Tafeln). Mit zahlreichem Abbildungen. 146 Seiten. Preis 1,50 Mk. bei Einbindung des Betrages von C. Braun, Berlin S., Rottfuhdenweg 6. —

<p>Wulf & Francksen</p> <p>Ausstellung fert. Betten.</p>	<p>Einschläge Betten Nr. 8</p> <p>aus grün-roth gestreiftem Köper mit 16 Fund Federn.</p>	<p>Einschläge Betten Nr. 10</p> <p>aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Fund Federn.</p>	<p>Einschläge Betten Nr. 10b</p> <p>aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Fund Federn.</p>	<p>Einschläge Betten Nr. 11</p> <p>aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Fund Halbbaunen.</p>	<p>Einschläge Betten Nr. 12</p> <p>Uebertt aus rothem Daunenloper, Unterbett aus rothem Atlas mit 16 Fund Daunen u. Federn.</p>	
	<p>Oberbett 7,—</p> <p>Unterbett 7,—</p> <p>2 Kissen 5,—</p> <p>Mk. 19,—</p>	<p>Oberbett 10,25</p> <p>Unterbett 10,25</p> <p>2 Kissen 7,—</p> <p>Mk. 27,50</p>	<p>Oberbett 13,50</p> <p>Unterbett 13,50</p> <p>2 Kissen 9,—</p> <p>Mk. 36,—</p>	<p>Oberbett 17,50</p> <p>Unterbett 17,50</p> <p>2 Kissen 10,—</p> <p>Mk. 45,—</p>	<p>Oberbett 22,—</p> <p>Unterbett 20,50</p> <p>2 Kissen 12,—</p> <p>Mk. 54,50</p>	<p>Zweischlag Mk. 23,50</p> <p>Zweischlag Mk. 31,—</p> <p>Zweischlag Mk. 40,50</p> <p>Zweischlag Mk. 50,50</p> <p>Zweischlag Mk. 61,—</p>

1 Neue Wilhelmshavener Strasse 1.

Neues Etablissement
M. Kariel

Größtes Spezial-Geschäft
für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung
Arbeitszeuge
sowie sämtliche Herren-Bedarfsartikel
Wilhelmshaven

1 Neue Wilhelmsh. Str. 1 Stadttheil Neubremen

Der Verkauf geschieht zu unerreicht niedrigen, jedoch streng festen Preisen.

empfeht nach Eingang sämmtlicher
Neuheiten für die Frühjahrs-Saison

in eleganten Fagons, solider Verarbeitung
und größter Auswahl:
kompl. Jacket- u. Rock-Anzüge
von 14 bis 48 Mark.

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots in allen Modifarben 11 bis 30 Mk.

Konfirmanden-Anzüge in elegantester Verarbeitung.
8,50, 12, 16, 19, 21, 23,50, 26,50, 28,50

Buckskin- u. Kammgarn- Knaben-Anzüge und Anfertigung nach Maass
Hosen Paletots unter Garantie für
3, 4,50, 4,80, 6, 7,80. 2,50 bis 10,00. guten Sitz.

Immobil-Verkauf.

Im Auftrage habe ich ein an der verlängerten Götterstraße belegenes

Immobil

bestehend aus dem zu 5 Wohnungen eingerichteten Hause mit schönem großen Garten billig zu verkaufen.

Auskunft wird gerne ertheilt.
Heppens, 21. März 1895.

H. P. Harms.

Verpachtung.

Nachmaliger Termin zur Verpachtung der am Marktplatz zu Bant belegenen

Bäckerei

des Herrn **W. C. Bohlen** zu Emden steht auf

Mittwoch, den 27. d. Mts.
Nachmittags 3 Uhr

in **Cornelius Wirthschaft** zu Bant an. Gleichzeitig sollen die Privat-Wohnungen zur Vermietung gelangen.
Heppens, 22. März 1895.

H. P. Harms.

Tapeten

nur neue Muster, zu wirtlichen Fabrikpreisen,

Farben

Copallacke

von 60 Pf. an pr. 1/2 kg,

Fussbodenlacke

von 70 Pf. an pr. 1/2 kg,

Ia. Asphaltlack

50 Pf. pr. 1/2 kg,

Mattlack

Tischplattenlack

Damarlack

Luftlack u. s. w.

alles in vorzüglicher Güte und zu konkurrenzlosen Preisen,

Leim, Pinsel und Abziehpapiere

für Holz u. empfiehlt

Ed. Pannbacker,

Neue Wilhelmshavener Straße 16.

NB. Meine Lade aus der Nordb. Lacksfabrik in Kiel, wofür ich die alleinige Vertretung für Oldenburg, Hannover, Ostfriesland und Bremen habe, sind von vorzüglicher Güte und werden hierin, sowie in Preiswürdigkeit von keiner Seite erreicht.
D. Ob.

Damen- u. Kinderkleider

werden sauber und billig angefertigt
Marktstraße 27, 1 Tr. r.

Arbeiter-Turnverein „Germania“ zu Lonndiech.

Vorläufige Anzeige.

Freitag den 19. April 1895:

Feier des zweiten Stiftungsfestes

bestehend in
turnerischen Aufführungen, Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball

im Lokale des Herrn **Sadewasser (Tivoli).**

Entree 40 Pf. Tanzschleife 75 Pf.

Karten im Vorverkauf à 30 Pf. sind zu haben bei den Herren **Sadewasser, Verl. Götterstraße, Buddenberg, Marktstraße**, sowie bei fast sämmtlichen Vereinsmitgliedern.

Der Vorstand.

Kräftig und reinshmeckende

Chines. Thees

u. gebr. Kaffees

empfeht die

Drogerie zum Rothen Kreuz, Wertstraße.

Gesucht

zum 1. April ein Mädchen von 15 bis 16 Jahren.

Arnoldi, Bierniederlage, Bant, Kreuzstr.

Größtes und billigstes

Lager fertiger Särge

empfeht

J. Freudenthal, Neubremen.

Wollen Sie ein gutes Bett, so wenden Sie sich vertrauensvoll an die Firma **Georg Aden** in Bant, dort werden Sie streng reell u. thunlichst billig bedient.

Es sind noch

Gardinen-Heite

sowie

abgepackte Gardinen (Muster voriger Saison) vorrätig, welche billig verkauft werden.

Bull & Franzen.

Verlag von **Wörlein & Co., Nürnberg.**

Die Emser Depesche

oder **Wie Kriege gemacht werden.**
Von **W. Liebknecht.**

Sechste vermehrte Auflage.
4 1/2 Bogen Oktav. Preis 30 Pfennig.
Einzelnreplare gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken.

Vorliehendes Schrift verdient Angesichts des von den Bismarckschwärmern zu dessen 80. Geburtstag geplanten Kummels die weiteste Verbreitung, da sie den „Herz des Jahrhunderts“ in die richtige Beleuchtung rückt.
Zu beziehen durch **G. Buddenberg.**

Mein Spezialgeschäft

— in —

Tapeten, Borden und Farben

bringe einem verehrlichen Publikum von Bant, Wilhelmshaven und Umgegend in empfehlende Erinnerung. Mein Lager bietet die größte und schönste Auswahl am Plage und bitte daher um geneigten Zuspruch.

A. H. Biller,

Malergeschäft, Neue Wilhelmsh. Str. 59.

Zu vermieten

zum 1. Mai ein **Laden mit Wohnung.**
Näheres bei **G. Heilemann, Zur Arche.**

Zu vermieten

billig zum 1. Mai eine Stagenwohnung, bestehend aus 3 Räumen.
Neue Wilhelmshavener Straße 65.

Bitte genau durchlesen!!

Jedes Wort in dieser Annonce ist werthvoll. Denn nur noch 4 Wochen dauert der **gänzliche Ausverkauf** wegen Aufgabe des Geschäfts zu

Tax- und Auktionspreisen

und ist noch von allen Sachen eine hübsche Auswahl vorhanden, u. B.:
Hübsche Konfirm.-Anzüge.
Hochfeine Herren-Anzüge.
Einzelne Hosen, Jackets, Knaben-Anzüge.
Normalhemden, Unterhosen.
Gestrichte Westen, Isländer Jacken.
Blaue Flanellhemden.
Hüte, Herren- und Damen-Stiefel.
Hauschuhe, Arbeitschuhe u. s. w.

Wer jetzt billig kaufen will, muß sich beeilen zum

Waarenhaus

für

Gelegenheits - Käufe

Marktstraße 25

denn dort giebt es:
84t engl. Isländer Jacken zu 3,50 Mk.
Reinwollene blaue Flanellhemden zu 4 Mk.
Herren-Stiefel zu 3 u. 4 Mk.
Damen-Stiefel u. Hauschuhe zu 2, 3 u. 4 Mk.

Siehe Schaufenster, worin uns die Preise schon anlachen!!

Verloren

ein Mantel-Kragen. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben **Jewerische Str. 25.**

Verloren

am Sonnabend im Stadttheil Elsfj einen schwarzen **Kammgarntrock.** Gegen Belohnung abzugeben bei **H. Behnen, Malergeselle, Marktstr. 17.**

Geburts-Anzeige.

Die Geburt einer Tochter zeigen an **Bant, 25. März 1895**
Ferd. Winters und Frau.